

22.10.2022 SCHWÄBISCH HALL

Baumschützer geben nicht auf

Stadtplanung Der Hang am Bahnhof Hall soll für den Bau einer Tiefgarage gerodet werden. Seit Jahren protestieren Bürger dagegen. Das Eisenbahn-Bundesamt hat nun der Unterführung zugestimmt. Von Thumilan Selvakumaran



Peter Wüntscher streckt vorbeieilenden Passanten auf der Neuen Straße Flyer entgegen.
Thumilan Selvakumaran

AA

Tropfen prasseln auf das kühle Kopfsteinpflaster. Passanten eilen durch die Altstadtgassen, um unter ihren Schirmen möglichst trocken zu ihren Zielen zu gelangen. Keine guten Bedingungen, um auf der Neuen Straße in Debatten einzusteigen. Und dennoch: Vier Baumschützer stehen dort im Regen und strecken den Menschen Flyer entgegen. Auf einem steht: „Klimaschutz beschleunigen! Stadtbäume erhalten!“. Auf einem anderen: „Rettet die Bäume am Haller Bahnhof“.

Streitpunkt ist – wie in Hall so oft – ein Bauprojekt. Denn nicht nur jenseits der Gleise des Stadtbahnhofs wird gebaut – dort entsteht ein neues Wohnquartier. Auch der Bereich zwischen Gleisen und Steinbacher Straße soll sich wandeln: Sechs Gebäude – vier und sechsstöckig – entstehen. Unter anderem wegen einer Tiefgaragenausfahrt und einer neuen Bushaltestelle soll der Hang gerodet werden. Seit Jahren protestieren Bürger gegen das Vorhaben. 1615 Personen beteiligten sich an einer Online-Petition. Bei der Übergabe der Unterschriftenlisten sagte der damalige Oberbürgermeister Hermann-Josef Pelgrim, die Akteure kämen zu spät.

Alternativer Entwurf

Das Umweltzentrum ließ 2021 von einem Stadtplaner einen alternativen Entwurf erstellen. Ziel sei, so Martin Zorzi, den „brachialen Eingriff“ in die Natur ohne große Abstriche bei Park- und Gebäudenutzungsvolumen zu verhindern. Da in der Alternative die Tiefgaragenzufahrt an die Reifensteige und die Haltestelle samt Wendeplatte direkt vor den Bahnhof gelegt sind, sei eine Rodung der Böschung nicht nötig.

Baubürgermeister Peter Klink brennt dagegen für den Entwurf von K9 Architekten. Aufgrund der Belüftung und Beleuchtung der Tiefgarage, aufgrund des ÖPNV-Knotens sei es richtig, die Böschung zu öffnen. Die Haltestelle an der Straße verbinde die Katharinenvorstadt, das Behördenzentrum, Kino und Globe erstmals direkt mit dem Busnetz. Das ginge vor dem Bahnhof mit Buswendeplatte nicht, zudem wäre dann dort kein Platz mehr für den geplanten Biergarten. Die Mehrheit der Räte folgte im März 2021 Klinks Meinung, dass der kurz vor Beschluss eingereichte Alternativvorschlag des Umweltzentrums auch noch im späteren Verlauf des Bebauungsplanverfahrens geprüft werden könne.

Einer der Baumschützer, der eineinhalb Jahre später im Regen steht und sich darüber ärgert, dass die Sache seither „in der Verwaltung hängt“, ist Peter Wüntscher. „Klink ist nicht Willens, Zugeständnisse zu machen.“ Die Tiefgarage dürfe in Zeiten des Klimawandels so nicht mehr gebaut werden. Jeder Baum, der Schatten spendet, sei wichtig. Seine Mitstreiterin Christine Wagenblast nennt die „Grüne Stadtplanung“ und ein „Plan B“, die andernorts bereits einen hohen Stellenwert hätten, etwa in Mannheim, Ludwigsburg und München. Der Umgang damit in Hall sei dagegen „fragwürdig“. Jetzt werde ein Quartier ohne Grün, aber mit viel Beton geplant. Wüntscher ergänzt: „Gehen Sie doch mal im Hochsommer über den Dietrich-Bonhoeffer-Platz oder die Weilerwiese. Dort spüren Sie gleich die doppelte Hitze.“

Er verweist auf das Umweltzentrum, das den Bewuchs kartiert habe. Wüntscher geht dabei auch auf die Kritik von SPD-Stadtrat Nikolaos Sakellariou ein, der den Begriff Böschungsschützer für geeigneter hielt, da es eher um Büsche gehe. Wüntscher: „Da stehen 150 Bäume mit einem Umfang von mehr als 30 Zentimeter.“ Eine Neubepflanzung sei teuer. Die Bäume bräuchten Jahre, um wieder diese Höhe zu erreichen.

Keine weiteren Gespräche

Die Baumschützer, rund 20 aktive Mitglieder, seien auf die Stadt zugegangen. Der neue Oberbürgermeister Daniel Bullinger habe sich einmal mit ihnen zusammengesetzt, das war im Februar. „Inhaltlich ist er nicht in die Sache eingestiegen. Er wollte sich erst informieren.“ Weitere Gespräche habe es trotz Angebote der Gruppe nicht mehr gegeben.

Die Stadt verweist auf Nachfrage auf das Bebauungsplanverfahren. „Hierzu gehört die Abwägung über die im Rahmen des Beteiligungsverfahrens eingegangenen Stellungnahmen, unter anderem die der Baumschützer“, schreibt Susanne Uebel-Madenciler, persönliche OB-Referentin. Zum weiteren Zeitplan und möglichen Kostensteigerungen aufgrund der aktuellen Entwicklung auf dem Bausektor könne die Stadt derzeit keine neuen und verlässlichen Prognosen abgeben. Die zuletzt genannte Kostenschätzung: 12 Millionen Euro.

Im Hintergrund müssten noch rechtliche Dinge geklärt werden, weil Eigentum der Bahn tangiert ist. „Im August wurde nun die Genehmigung seitens des Eisenbahn-Bundesamtes für den Neubau der Personenunterführung und Gleisverlegung erteilt“, berichtet die OB-Referentin. Mit der Bahn werde aber noch über den Bau eines zweiten Gleises verhandelt, wovon die Förderung abhängt (*siehe Info*). Zu berücksichtigen sei zudem, dass Baumaßnahmen an Bahnanlagen mit einem Vorlauf von drei Jahren angemeldet werden müssen.

Bis gebaut wird, dauert es also noch Jahre. Zeit, die die Baumschützer weiter nutzen wollen – ob in der Hitze oder eben auf der nasskalten Neuen Straße. Im Flyer heißt es, Bäume seien die wichtigsten Verbündeten in Sachen Klimaschutz. Die Menschen könnten es sich heute nicht mehr leisten, „gesunde Stadtbäume, gar einen ganzen Grüngürtel abzuholzen“.

Kosten: Rund 12 Millionen Euro

Im strittigen Hang am Haller Bahnhof soll eine Tiefgarage gebaut werden. Der Siegerentwurf von K9 Architekten sieht zwei Etagen mit je 100 Stellplätzen vor. Daneben sollen ein Fahrradparkhaus für 131 Räder sowie eine Unterführung integriert werden. Von der Steinbacher Straße aus sollen so Passanten direkt zum südlichen Teil, dem neuen Wohnquartier am Bahnhof, gelangen.

Ende 2021 wurde mit dem Einstieg in die Entwurfsplanung und durch den Wechsel des Ingenieurbüros Defizite in der bisherigen Bauwerksplanung bekannt. Statt Kosten von fast 6 Millionen Euro rechnete die Stadt mit 11 Millionen Euro. Der Eigenanteil der Stadt abzüglich der Förderung läge dann bei 7,6 statt 3,4 Millionen Euro. Per Ratsbeschluss entschied die Stadt darauf, aus dem Förderprogramm auszusteigen und einen neuen Antrag zu stellen – in Kombination mit einem zweiten Bahngleis, das eine weitere Million kostet. Abzüglich einer höheren Förderung müsste die Stadt dann 4,66 Millionen zahlen. thumi

AA

Startseite



Ressorts



Seiten

